

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

6 Ausgaben.



Preis:

Tagblattausgabe Nr. 6650-12.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreis: Im Verlag abgeholt: 600 Milliarden M., in den Ausgabezeiten: 600 Milliarden M., durch die Träger ins Haus gebracht: 1000 Milliarden M., vom 21. April bis 3. Mai. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabezeiten, die Träger und alle Postanstalten. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorrückung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Örtliche Anzeigen 200 Milliarden M., Finanzanzeigen 250 Milliarden M., Kulturzeitschriften 300 Milliarden M., ausm. Anzeigen 300 Milliarden M., Zeitl. Anzeigen 400 Milliarden M., ausm. Anzeigen 500 Milliarden M. für die einseitige Kolonisationszeile. — Alle Zeitungspreise sind freibleibend; Erhöhungen mit sofort. Wirkung ohne besondere Mitteilung. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme 10 Uhr vorm.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Landwehrstraße 35, Fernsprecher: Rheingau 2186.

Nr. 91.

Dienstag, 22. April 1924.

72. Jahrgang.

Ruhrpfand und Sanktionen.

aa. Berlin, 22. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Abteilung.) Die Osterfeierlage haben keine besonderen politischen Ereignisse gebracht. Auch das Reparationsproblem

erfordert ja keine sofortigen Beschlüsse, wenn naturgemäß auch auf deutscher Seite das Interesse besteht, daß keine Verzögerung in den Arbeiten zur Lösung des Problems auf Grund des Sachverständigenrats eintritt. Die von der Reparationskommission erbetenen deutschen Gehektwirke müssen aber zunächst von den Ressorts vorbereitet werden, ehe sich das Kabinett mit ihnen abschließend beschäftigen kann. Inzwischen geht die Fühlungnahme zwischen den alliierten Regierungen weiter. Ungutreffend ist es aber, wenn „Chicago Tribune“ davon spricht, daß zwischen Deutschland und England Besprechungen begonnen hätten, um eine möglichst rasche und klare Auslegung des Sachverständigenberichts zu erhalten, wobei Deutschland sich auf Antwort wartet, wie die Stellen der letzten Rede Poincarés auszulegen seien, in der der französische Ministerpräsident von der

Beibehaltung des Ruhrpfandes

spricht. Es leuchtet ja ohne weiteres ein, daß London nicht in der Lage ist, die Rede des französischen Ministerpräsidenten authentisch zu interpretieren. Zutreffend dürfte an der Meldung aber wohl sein, daß ein Meinungsaustausch zwischen Berlin und London, vermutlich aber auch mit den anderen Kabinetten stattfindet, und daß die deutsche Regierung unbedingt Sicherheiten dafür zu erlangen vermag, daß ihr auf Grund des Sachverständigenratsberichts die Verwaltungshoheit im besetzten Gebiet

unbeschränkt zurückgegeben wird. Sicher ist, daß der endgültigen Regelung auf Grund des Sachverständigenberichts noch recht erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Es ist auch charakteristisch, daß von der doch wohl erforderlichen Konferenz der alliierten Premierminister noch nichts zu hören ist. In London steht man nämlich auf dem Standpunkt, daß der Boden für eine solche Zusammenkunft erst gründlich vorbereitet sein müsse. So meint auch der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, mit Rücksicht auf die bisherigen Erfahrungen wolle MacDonald noch weniger als Poincaré von einer Konferenz wissen, bevor der Boden für endgültige Verhandlungen vorbereitet sei.

Der Hauptunterschied zwischen England und Frankreich, so meint das Blatt, liegt dabei weniger in dem Ruhrproblem als in der Frage, inwieweit man Deutschland trauen könne. MacDonald sei, wie er das letzthin betont habe, bereit, Deutschland zu trauen, während Poincaré sich nur auf Deutschlands Ehrlichkeit verlassen wolle, falls es gestanden würde, ehrlich zu sein. Diesen fundamentalen Unterschied müsse man immerhin im Auge behalten. Wie der diplomatische Mitarbeiter ferner mitteilt, sei

der französische Plan zur Regelung der Reparationsfrage in Übereinkimmung mit den Berichten der Sachverständigen jetzt fertig. Sein tragender Gedanke sei, daß Frankreich den Plan der Sachverständigen „als eine Ausdehnung und Folge des Grundgesetzes der Ruhrbesetzung annehme“, daß es sich aber weigere, die Substanz gegen den Schatten einzutauschen.

Es entwickelt sich jetzt also so ungefähr wieder das alte Spiel, das jedesmal beginnt, wenn die Reparations- und Ruhrfrage in ein neues Stadium der Entwicklung tritt. Ruhrpfand und Sanktionen, das sind die beiden Dinge, um die in den Auseinandersetzungen gerungen werden wird. Und es erleichtert nicht eben die Lage, daß die französischen Wahlen

vor der Tür stehen. Der deutsche Standpunkt ist ja ohne weiteres klar. Er ist seitdem auch in mehreren Interventionen im Reichsministerium eindeutig festgelegt worden. Das Gelingen ist, wie die Sachverständigen selbst betonen, ein unteilbares Ganzes. Leistungen auf Grund dieses Gutachtens sind daher auch nur möglich, wenn gleichzeitig die Voraussetzungen für diese Leistungen geschaffen werden!

Die französische Antwort an die Reparationskommission.

Paris, 21. April. Der „Temps“ berichtet, die französische Regierung habe auf die Mitteilung der Reparationskommission, in der der Beschluss vom letzten Donnerstag mitgeteilt wurde, bereits geantwortet. Sie habe die Haltung eingenommen, die man voraussetzen habe. Ihre Meinung über den Bericht der Sachverständigen weiche nicht von der Meinung der englischen Regierung ab. Sie erwarte jetzt, daß die Reparationskommission die Entscheidung treffen, die ihr zukomme, um den endgültigen Plan auszuarbeiten. Wenn die Reparationskommission in den Grenzen ihrer Befugnisse beschließen werde, könne die französische Regierung die Maßnahmen bestimmen, die sie zu ergreifen habe. Das Wort habe also von nun an die Reparationskommission. Sie allein sei qualifiziert, im Rahmen ihrer Kompetenz das Werk vorzubereiten, wie sie es am Donnerstag angekündigt habe. Sie allein könne den Konfusionen der Sachverständigen Gewicht geben, nachdem sie die vorbereitenden Arbeiten durchgeführt habe.

Paris, 22. April. Der „Matin“ bestätigt die Meldung des „Temps“, daß die französische Regierung in einem Brief an die Reparationskommission Stellung zu ihrem letzten Beschluss genommen hat. Nach dem Blatt wird die Antwort zweifellos veröffentlicht werden. Die französische Regierung verweigert darin nicht, daß sie vor der Arbeit der Sachverständigen die gleiche Haltung habe, wie die Reparationskommission und die anderen alliierten Regierungen. Aber sie bemerkt der Reparationskommission, daß diese ihre Arbeiten noch nicht vollendet habe. Es genüge nicht, den Bericht der Sachverständigen anzunehmen und die Arbeit, die mit ihrer Verantwortlichkeit zu leisten sei, unter das Reich und die Alliierten zu verteilen, indem man dem ersten Lage, es müsse die notwendigen Schritte forcieren, und den zweiten empfehlen, sich über die Maßnahmen zu verständigen, die ihren Befugnissen unterstehen. Übrigens hat ja die Reparationskommission in Punkt 3 ihrer Empfehlung anerkannt, daß auch sie selbst in gewissem Grade die Arbeit der Sachverständigen vervollkommen müsse. Ramentlich hinsichtlich des schwierigen Problems der Transferierung der deutschen Zahlungen nach dem Ausland sei kaum etwas geschehen. Es scheine also, daß der logische Verlauf der Dinge nicht vollkommen beachtet worden sei, und es sei normal, daß die Reparationskommission sich zuerst der Mühe unterziehe, ein präzises und vollkommenes Reparationsproblem auf der Grundlage der Sachverständigenberichte auszuarbeiten. Dieses Programm habe die Kommission dem Deutschen Reich zu übermitteln, um ihm seine Verpflichtungen bekanntzugeben und sich zu gleicher Zeit an die alliierten Regierungen wenden zu können und ihm die Frage zu bezeichnen, die nach ihrer Ansicht deren Kompetenz und nicht der Kompetenz der Reparationskommission unterstehe. Die Aufgabe, daß MacDonald in einer öffentlichen Rede die Frage verschiedener Ansichten gegenüber der französischen Ansicht kundgegeben habe, mache die Rückkehr zur logischen Ordnung notwendig, wenn man einen Mißerfolg vermeiden wolle. So habe also die französische Regierung dem Vorsitzenden der Reparationskommission geantwortet, sie werde in einem aufrichtigen Geiste des Entgegenkommens die Maßnahmen prüfen, die sie ihrerseits vorzunehmen habe, um das Gelingen des Sachverständigenproblems zu erleichtern.

Frankreichs Standpunkt.

Paris, 20. April. Nach einer von der Tagesagentur verbreiteten halbamtlichen Erklärung sind die französischen offiziellen Kreise der Ansicht, die Donnerstag von der Reparationskommission getroffene Entscheidung werde gewonnen, wenn sie vervollkommen und präzisiert würde. Zweifelslos werde die französische Kommission bei der Reparationskommission unverzüglich offiziell über den Standpunkt der französischen Ministerpräsidenten unterrichtet werden. — Nach dem „Zeit Journal“ soll diese Mitteilung an Barthou heute erfolgen. Die französische Regierung habe die Initiative ergriffen, die Sachverständigenausschüsse einzuladen, und sie habe nicht gezögert, das Verdienst ihrer Arbeiten anzuerkennen und ihre Entscheidungen und Methoden des Sachverständigenplans, so weit sie ihrer Kompetenz unterstehen, angenommen. Andererseits aber habe sie den alliierten Regierungen die Entscheidungen empfohlen, die ihrer Kompetenz unterstehen. Es besteht also ein Interesse, daß die Reparationskommission ausdrücklich erkläre, was bei der Ausführung des jetzt verwirklichten Planes den interessierten Parteien zur Durchführung stehe, nämlich der Reparationskommission, der alliierten Regierungen und Deutschland selbst. Nach der Ansicht der Sachverständigen habe tatsächlich die Reparationskommission alle Befugnisse, gewisse Organisationen des neuen Planes zu fixieren. Aber die Sachverständigen hätten eine grundsätzliche Regel aufgestellt, über die die französische Regierung nicht feilschen könne: sie müsse nämlich wissen, ob die französisch-belgischen Organisationen im Ruhrgebiet aufgeben oder in dem Maße, in dem sie die wirtschaftliche Einheit Deutschlands fördern, erst umgewandelt werden sollen, wenn Deutschland den ihm empfohlenen Plan zur Ausführung gebracht habe. Die deutsche Regierung müsse also vor allem die geschäftlichen Maßnahmen und die nötigen Organisationsmaßnahmen durchzuführen haben für die Bildung der Emissionsbank und für die Reichseisenbahngesellschaft. Sie muß eine industrielle Hypothek vermitteln, die Steuer erhöhen usw. Also erst, wenn das Deutsche Reich einen sichbaren Beweis seines Willens gegeben habe, an dem endgültigen Plan der Reparationskommission mitzuarbeiten, könnten Frankreich und Belgien aufgerufen werden, das wirtschaftliche Pfand im Ruhrgebiet gegen ein anderes, weitergehendes Kontrollsystem auszutauschen. Dann werde unvermeidlich die Frage der Garantien und Sanktionen aufgeworfen werden, die die Sachverständigen nicht behandelt hätten, da diese Maßnahmen politischen Charakter hätten. Die französische Regierung wolle, bevor sie die Druckmittel aufhebe, über die sie jetzt verfüge, sich von vornherein mit den anderen alliierten Mächten über die Sanktionen verständigen, die nach einem gemeinsamen Abkommen für den Fall getroffen werden müssen, daß Deutschland bei der Ausführung der neuen Bedingungen verlagere. In London dagegen wolle man sich erst nach einer etwaigen Verbesserung des Deutschen Reiches, und zwar nach Kenntnis des Charakters derselben, darüber aussprechen. Es sei klar, daß Poincaré darauf bestehen werde, keine These zum Siege zu führen, wenn die Stunde der Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen gekommen sei. Er werde das mit um so größerer Überzeugung tun, als die Erfahrungen gezeigt habe, daß man keine Sanktionen habe auszuüben brauchen, wenn die Alliierten entschlossen gewesen seien, sie durchzuführen. Frankreich, das Völkler im Ruhrgebiet besitze, deren Wirksamkeit bewiesen sei, würde sehr naiv handeln, wenn es sie gegen ein einfaches Verbot der deutschen Mitarbeit aufhebe, und ohne versichert zu sein, daß das Deutsche Reich sich nicht noch einmal seinen Verpflichtungen entziehen werde. Frankreich zeige kein Entgegenkommen genügend dadurch, daß es die Entscheidungen der Sachverständigen annehme. Man könne ihm also nicht die unerlässlichen Garantien verweigern, deren Berechtigung die Sachverständigen sogar anerkannt hätten.

Das Ziel der Reichsregierung.

Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

Düsseldorf, 19. April. In einer Unterredung, die der Berliner Vertreter der „Düsseldorfer Nachrichten“ mit dem Reichskanzler Dr. Marx hatte, gab der Kanzler über die tieferen Beweggründe, die zu der Annahme des Sachverständigen-Gutachtens durch die Reichsregierung als Grundlage einer Wiederherstellungs-Lösung geführt haben, folgende Erklärungen:

Wenn sich die Reichsregierung nach eingehender Prüfung und sorgfältigen Erwägungen und nach einer gründlichen Aussprache mit den Präsidenten der deutschen Länder entschlossen hat, an der Lösung der Wiederherstellungsfrage auf der Grundlage des Gutachtens der Sachverständigen mitzuarbeiten, so ist dafür ein Beweggrund hauptsächlich entscheidend gewesen:

Die Rücksicht auf das besetzte Gebiet.

Selbstverständlich und wir uns über die außerordentliche Schwere der Lasten, die unser Volk in den nächsten Jahren zu tragen hat, vollkommen klar. Selbstverständlich bestehen gegen die Privatierung der Reichsbahn, die Einführung einer finanziellen Kontrolle und die Überausstarke Steuerbelastung berechtigte und triftige Einwände. Aber all diese Bedenken, die sich beim Studium des Sachverständigen-Gutachtens ergeben und denen noch viele andere hinzugefügt werden können, müssen erwogen werden im Hinblick auf die erstrebte Erleichterung und Befreiung des besetzten Gebietes. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Bewohner des besetzten Gebietes bei der Unfähigkeit des Reiches zu Wiederherstellungsleistungen in dem geforderten Ausmaß für alle Forderungen von Frankreich haftbar gemacht werden, daß nur das besetzte Gebiet und keine Bewohner als Wiederherstellungs-Bedingung gelten, um aus ihnen herauszuholen, was sich herausholen läßt. Dieser entsetzlichen Lage, in der trotz allem Furchtbaren meine Landsleute an Rhein und Ruhr in ihrer Treue nicht wankend geworden sind, muß

ein Ende gemacht

werden. Die Sachverständigen lagen ausdrücklich, daß sie nicht imstande sind, irgendwelche praktischen Mittel zur Sicherstellung einer dauernden Stabilität in Haushalt und Währung zu finden und daß sie es für unwahrscheinlich halten, daß es derartige Mittel gibt, wenn nicht der gegenwärtige Zustand beibehalten wird, der Deutschlands Steuerbarkeit und seine wirtschaftlichen Rechte in Teilen seines Gebiets beschränkt. Aus diesem Grunde sehen sich die Sachverständigen gezwungen, wie es natürlich heißt, davon auszugehen, daß

die steuerliche und wirtschaftliche Einheit des Reiches wiederhergestellt

wird. Sie fügen hinzu, daß auf dieser Voraussetzung ihr ganzer Bericht beruhe. Auf dieser Voraussetzung beruht auch die Zustimmung der deutschen Reichsregierung zu dem Gutachten der Sachverständigen. Die Wiederherstellung der steuerlichen und wirtschaftlichen Einheit des Reiches heißt:

Wegfall der Zollgrenzen und der Zölleverre

zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, eine Abschaffung, die nicht nur wirtschaftlich uns ungeheuren Schaden getan hat, sondern die auch tatsächlich das deutsche Volk in zwei Teile zerriss. Wiederherstellung der Verkehrseinheit und Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit.

Aber die Sachverständigen gehen noch weiter. Sie fügen hinzu, daß, wenn auch

die Fragen der Militärbesetzung

außerhalb ihres Auftrages liegen, sie es doch für ihre Pflicht halten, zu erklären — ich zitiere wieder wörtlich — daß ihre Vorschläge auf der Annahme beruhen, daß die wirtschaftliche Tätigkeit durch keine andere fremde Organisation als die hier vorgelegene Überwachung behindert und beeinträchtigt wird. Folglich, so führen die Sachverständigen aus, beruht unser Vorschlag auf der Voraussetzung, daß die bestehenden Maßnahmen, soweit sie diese Tätigkeit behindern, rückgängig gemacht oder hinführend abgeändert werden, sobald Deutschland zur Ausführung des vorgeschlagenen Planes schreitet, das heißt mit anderen Worten, daß die französische militärische Besetzung des Ruhrgebietes, um mit den Worten der Sachverständigen zu sprechen, rückgängig gemacht oder hinführend geändert werden muß. Das sind die Forderungen der Sachverständigen, die auch der Geist der Tatsachen und der Geschichte der Ruhrbesetzung entsprechen. Gesagene Arbeit ist in merzenia rentabel gewesen und es ist ausgeschlossen, daß im besetzten Gebiet die volle Arbeitskraft unseres Volkes sich entfaltet, solange die Verhältnisse nicht geändert werden.

Des weiteren hat nach den wiederholten Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten selbst die militärische Besetzung keinen anderen Zweck als die Arbeiten der französischen Ingenieurkommission zu sichern und die Ausbeutung des produktiven Planes zu gewährleisten. Dieser ganze

Verzicht des produktiven Planes

ist durch den Sachverständigenbericht in Wegfall gekommen. An Stelle des Rhein- und Ruhrgebietes als Reparationspfand sind die von den Sachverständigen geforderten Generalisanden getreten, deren Annahme Rhein und Ruhr frei von dem auf ihnen bislang lastenden Druck machen muß. Das sind im wesentlichen die Gründe, aus denen sich die Reichsregierung entschlossen hat, auf den Boden des Sachverständigen-Gutachtens zu treten.

Die Reichsregierung beweist durch ihren Entschluß, der, ich wiederhole es noch einmal, ihr sehr schwer geworden ist, daß es ihr ernst ist mit der Befreiung der Treue zu unseren Volksgenossen an Rhein und Ruhr, wie es uns persönlich stets als eine unserer höchsten und heiligsten Pflichten galt, für meine leidenden Landsleute an Rhein und Ruhr alles zu tun, was in meinen Kräften steht.

Seinreise der amerikanischen Sachverständigen.

Paris, 22. April. Die drei amerikanischen Sachverständigen Dawes, Young und Robertson verlassen heute Frankreich an Bord des „Leviathan“.

Macdonald über den Sachverständigen-Bericht.

London, 19. April. Macdonald erklärte in einer mit Spannung erwarteten Rede auf einer Zusammenkunft der unabhängigen Arbeiterpartei in Vort. von kürzlichem Bericht, u. a., die jetzige Regierung bestehe aus nur aus Menschen, die habe Fehler gemacht und werde Fehler machen; wenn sie ihr Amt in zwei Wochen niederlegen würde, würde sie doch der Geschichte der Arbeiterbewegung ihren Stempel aufgedrückt haben. Die Arbeiterpartei sei seit Januar größer geworden, nicht an Umfang, aber dem Geist nach. Tage nicht ausgenutzt in London eine Konferenz mit Vertretern R u s s e l l s, nach Jahren des Mikroversandnisses, nach Jahren des Unheils, nach Jahren der Politik, die seinem feindlichen Glandiger Auslands einen roten Keller eingebracht habe, andererseits aber für Hunderte von Familien Arbeitslosigkeit und Armut bedeute? Werde etwa mit dem Bau der Singaporebrücke fortgefahren? Was weiter

die Reparationsfrage

anlange, so sei er froh, zu sehen, daß das ganze Land hinter ihm stehe in seiner Ansicht, daß der Sachverständigen-Bericht als Ganzes angenommen werden müßte. Der Bericht enthalte Dinge, die er schätze, und Dinge, die er nicht gern habe; aber wenn er diese und jene Einzelheiten annehmen beginne würde, würden Frankreich, Belgien und Deutschland daselbst tun und man würde sich genau in derselben Lage befinden und genau da sein, wo man angefangen habe. Hier ist, so sagte Macdonald.

Europas Gelegenheit.

erzählt sie sofort und vollständig und bringt damit Frieden und Sicherheit für den Kontinent! Es geht aus den Berichten der Sachverständigen klar hervor, daß wenn man noch zwei Jahre dieselbe Politik fortführt, die man seit 2 oder 3 Jahren betrieben hat, keine Hoffnung auf Sicherheit und Frieden mehr besteht. Dies aber ist es, was mir am Herzen liegt und wofür ich arbeite.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

würde die Organisation vollenden, auf der ich gern den zukünftigen Frieden Europas gründen will. Wir leben im übrigen den Aufstieg des extremen Nationalismus in Deutschland als sehr große Drohung und als gefährlich für Europa an, beklagenswert auch für Deutschland, aber die Politik der Alliierten trägt größtenteils die Verantwortung für diesen Aufstieg des deutschen Nationalismus. Macdonald drang endlich darauf, Deutschlands Wort anzunehmen. Er kam dann auf Indien zu sprechen.

An der Aussprache beteiligte sich eine Reihe von Rednern. Es wurden verschiedene Resolutionen angenommen. Besonders den Beifall fanden die Ausführungen des Obersten Lodge, der in heftigen Ausdrücken dagegen protestierte, daß Deutschland allein die Reparationen bezahlen solle. Lodge sagte hinzu, es wäre recht und billig, wenn die Kapitalisten für die an Menschenleben erlittenen Verluste aufkommen würden.

Das Echo in der Pariser Presse.

Paris, 22. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Rede Kam-lan Macdonalds in Vort findet hier eine sehr lebendige Beurteilung. Von den linksgerichteten Kreisen abgesehen, die ihn ausnehmend äußern, hat die Rede, nach Pariser Urteilen, zu schließen, in den meisten politischen Kreisen lebhaft Anklang gefunden. Man setzt sich in Paris davon über-zeugt, daß Kam-lan Macdonald die Öffentlichkeit der Unabhängigen Arbeiterpartei zum Anlaß einer so bedeutamen Ansprache benutzt hat und es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß der englische Premierminister seit seinem Amtsantritt sich noch nie mit einer so brutalen Offenheit geäußert habe. Die größte Beachtung findet die Rede Kam-lan Macdonalds naturgemäß dort, wo sie sich mit dem Sachverständigen-Bericht beschäftigt und namentlich die Worte Macdonalds über die event. Strafmassnahmen für den Fall deutscher Verletzungen stehen im Mittelpunkt der Kommentare. Die „Liberale“ kritisiert diese Worte heftig und stellt fest, daß der englische Standpunkt von dem französischen völlig ab- weiche. Macdonald wolle nicht, daß von Sanktionen geredet werde, bevor deutsche Verletzungen vorliegen. Er vertritt die Auffassung, daß, wenn man Deutschland bereits jetzt mit Sanktionen drohe, dies nur zu einer Erhärtung des deutschen Nationalismus führen müsse, während es doch darauf an- komme, der deutschen Demokratie zu vertrauen, um sie zur Erfüllung der Sachverständigen-Berichte zu ermuntern. Das Blatt legt dann die entgegengesetzte französische Auffassung dar und kommt zu dem Schluss, daß zwischen Frankreich und England ein Fall ernsthafter Meinungsverschiedenheit aufgetreten sei. Der „Temps“ vertritt in seinem Kommentar einen verhältnismäßig Ton anerkennen. Das Blatt regt an, angesichts der englischen Stellungnahme die Frage der event. Strafmassnahmen vorläufig abzu- hängen aus dem Spiel zu lassen. Allerdings hebt Macdonald mit seiner Erklärung, wie der „Temps“ nebenbei hervor, Frankreich ein unerwartetes Argument für die Aufrechterhaltung der militärischen Occupation in die Hand. Seine Erklärung rechtfertigt nämlich das Verbleiben der fran- zösischen Truppen im Ruhrgebiet nicht im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Ausbeutung, sondern, wie es Coindreux

selbst gesagt habe, als event. Druckmittel. Wenn es der britischen Regierung einfallt, auf das Vorabkommen hinsichtlich der Sanktionen zu verzichten, so wäre es verständlich, daß die französische Regierung die ergriffenen Vorkehrungen ausreicht erhalte. Man dürfe sich indessen nicht verhehlen, lenkt der „Temps“ gleich darauf ein, daß der Augenblick schlecht gewählt sei, um von Sanktionen zu reden, denn die Sachver- ständigen hätten ihren Plan in der Zukunft vorgezogen. Die erzwungenen Zahlungen durch freiwillig zu erziehen. Die Frage sei daher die, wodurch sich der Zwang erheben lasse und ferner, ob man Deutschland zur Leistung freiwilliger Zahlungen bringen könne.

Dr. Schachts Ansicht.

Paris, 20. April. Reichsbankpräsident Dr. Schacht empfing den Berichterstatter des „Excelsior“, dem er u. a. erklärte, die Arbeit der Sachverständigen sei aufgebracht auf den finanziellen und wirtschaftlichen Grundrissen von un- antastbarer Folgerichtigkeit. Es scheint ihm jedoch, daß bei der Abschätzung der von Deutschland in den ersten Jahren zu zahlenden Summen seine Zahlungsfähigkeit übersehen wurde. Er befürchte im Anfang Schwierigkeiten, nament- lich was die Finanzierung der Sachlieferun- gen anbetreffe. Alles hänge allerdings von der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands ab. Er lasse das ohne Hintergedanken, denn es sei keine Überzeugung, daß Deutschland ein hervorragendes Interesse daran habe, Lokal seine Verpflichtungen zu erfüllen. Was die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Entente anbetreffe, so glaube er, daß es auszumachen sei, sich nicht in Einzelheiten zu verlieren. Es sei notwendig, daß, wenn nicht ein definitives Abkommen, so doch wenig- stens eine allgemeine Lösung erfolge. Einige kritische Punkte von untergeordneter Bedeutung könne man dann später regeln. Man dürfe keinen Augenblick aus dem Auge verlieren, von welcher Bedeutung es sei, daß Deutschland mit den alliierten Mächten, besonders aber mit Frankreich, wieder in normale wirtschaftliche Beziehungen trete. Es wäre jedenfalls von großem Wert, wenn die Regelung schon vor den Wahlen in Deutsch- land und Frankreich erfolgen könne, denn die Durchführung des Abkommens sei das sicherste Mittel, um die politischen Meinungsverschiedenheiten zu dämpfen. Wenn man zu diesem Ziele gelangen wolle, müsse man die diplomatische Note durch persönliche Aussprachen zwischen Männern ersetzen, deren Kompetenz anerkannt sei und die von der Größe ihrer Mission überzeugt seien.

Die Mitarbeit der Vereinigten Staaten.

Paris, 21. April. Nach einer Meldung des „Petit Paris-ien“ nimmt man in amerikanischen Kreisen in Paris an, daß der für die offizielle Mitarbeit der Vereinigten Staaten an der Reparationsfrage bereits gestern genannte Teilhaber von Morgan, W o r w o l d, gewählt werden wird, da der neben ihm genannte Sachverständige Owen Young morgen nach New York abreise. Der „Gaulois“ bemerkt hierzu: W o r w o l d mußte die von der Repto im Einkommen mit den alliierten Regierungen angeordneten Maßnahmen durchgeführt werden. Die Ratsschläge der Amerikaner werden für uns von großem Wert sein. Insbesondere aber wird die Auffassung eines Vertreters der öffentlichen Meinung Amerikas für die Entente und für Frankreich da von Nutzen sein, wo es sich um unermessliche Meinungsverschiedenheiten über die Aus- legung des Sachverständigenberichts handelt.

Die internationale Anleihe für Deutschland.

Paris, 22. April. (Eig. Drahtbericht.) Berlin hat zweifelt im „Echo de Paris“ entschieden die Möglichkeit der einzelnen, Deutschland zu bewährenden Anleihen und meint, es frage sich sehr, ob beispielsweise Eisenbahn- anleihen, Bankdarlehen und sonstige deutsche Wertpapiere, die der Reparationskommission beim Inkrafttreten des neuen von den Sachverständigen entworfenen Reparationsplans ab- getreten werden, im Auslande allmählich veräußert werden könnten.

Ein Volksentscheid über den Achtstundentag.

Berlin, 22. April. Wie der „Montagsmorgen“ berichtet, hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund auf Antrag des Deutschen Textilarbeiterverbandes beschlossen, die Frage des Achtstundentages auf dem Wege über den Volksent- scheid zur Entscheidung zu bringen. Eine Kommission, in der auch der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine deutsche Beamtenbund vertreten sind, ist gegen- wärtig mit den technischen Vorbereitungen beschäftigt. Wie das Blatt erzählt, wollen die freigewerkschaftlichen Spitzen- verbände nicht ein besonderes Geheiß über den Achtstundentag zur Volksabstimmung stellen, sondern die Ratifikation des Washingtoner Abkommens verlangen, das die grundsätzliche Festlegung des Achtstundentages enthält. Das Volksgeheiß wird erst nach den Wahlen dem neuen Reichstag eingereicht werden.

nichtung der Geschichte bedeuten, wenn sie nicht durch das Prinzip der Freiheit überliefert wird. Schöpferische Arbeit vermag nur auf dem Boden der Freiheit zu er- stehen, schöpferische Arbeit kann nur geleistet werden unter der Voraussetzung und unter der Führung des autonomen, also kritischen Geistes. Dieser Geist des Kriticismus ist darum der ewige Träger der Freiheit.

Die große Kant-Gesellschaft hielt am Freitagvormittag eine geschäftliche Sitzung ab. Die Kant-Gesellschaft zählt bis jetzt schon 35 Ortsgruppen. Der Vorstand der Kant-Gesellschaft wurde wiedergewählt. Zu Ehrenmit- gliedern wurden ernannt der bisherige Kurator der Universität Halle, Geheimrat Prof. Bremer in Halle, Land- gerichtsrat W a r d a in Königsberg, Prof. Goedemeyer in Königsberg, Prof. Groenewegen in Amsterdam. Es folgte dann die Verlesung des Ergebnisses der Dr. Ludwig- Jaffe-Preisauflage; der gestiftete Preis wurde für die einreichenden Arbeiten verteilt, doch wurden die Arbeiten von Dr. Bringsheim in Breslau mit Prof. Dr. Alfred Nippe in Erlang ernannt. Gegen 12 Uhr mittags wurde alsdann in dem bis auf den letzten Platz besetzten großen Saal der Palästra Albertina die öffentliche Festigung der Kant-Gesellschaft durch Prof. Dr. Arur Liebert eröffnet, der im Namen der Gesellschaftsleitung der Kant-Gesellschaft die Erklärungen willkommen hieß und gleichzeitig mitteilte, daß der an erster Stelle vorgelegene Preisredner Geheimrat Prof. Dr. Baehner wegen seines unheilbaren Gesundheitszustandes leider verhindert sei, seine Ansprache über „Kant in der Philosophie der Gegenwart“ selbst zu halten. In dieser, die darauf von Prof. Liebert gelesen wurde, suchte der Rektor der deutschen Kantforschung zu zeigen, wie trotz mancher Abweichungen vom Buchstaben des Kriticismus doch der Geist des großen Königsberger Denkers alle modernen philosophischen Versuche direkt oder indirekt beeinflusst und so fortwirkt. Sämtliche philosophi- sche Richtungen heute, auch die entgegengesetzten, zeichnen sich durch die Beziehung auf Kant, der in uns allen schaft und wirkt. So- dann sprach Dr. Eugen Kühnemann, Professor an der Universität Breslau, über „Kant und Herder“. Er führte aus: Unter den persönlichen Schülern Kants in der Heim- stadt war Herder der wichtigste. Ihm ist Kant in doppelter Sinne das eigentliche geistige Schicksal geworden, er eröff- net ihm in der Jugend die große Welt des philosophischen Gedankens und trifft dann später Herders Hauptwerk mit jenem Angriff, der als Todesstoß für Herder erwies.

Am zweiten Osterfesttag, mittags, erfolgte die Ein- weihung des neu geschaffenen Grabmals Immanuel Kants am Dom. Zu der vorangehenden akademischen

Die Spitzenorganisationen der Gewerk- schaften beim Reichsinnenminister.

Berlin, 19. April. Bislangiger Vorsitz hat heute in Vertretung des Reichsministers der Spitzen- organisationen der Gewerkschaften empfangen. An der Be- sprechung nahmen außerdem Reichsarbeitsminister Braun, Reichsfinanzminister L u t h e r und Reichswirt- schaftsminister D a m m teil. In der Besprechung wandte sich die Gewerkschaften gegen die Auffassung, daß jede Ver- mehrung notwendig eine Gefährdung für die Aufrechter- haltung der Währung nach sich ziehen müsse, und vertraten den Standpunkt, daß eine Reihe anderer Momente, ins- besondere die noch nicht überall genügend durchgeführte Rationalisierung der Wirtschaft das Vorhandensein zu vieler unproduktiven Zwischenglieder und zu hoher Gewinn- quoten, die Preise und Lieferungsbedingungen der Kartelle, die noch nicht überall überwundenen Gewohnheiten aus der Inflationszeit und die vielfach unzweckmäßige Handhabung der Kreditgewährung in höherem Maße die Währung ge- fährdeten. Die ungenutzte Erhöhung der Währung bestimmter Wirtschaftszweige beruhe auf Übergewinnen gewisser Kartellschichten, denn die Erhöhung ertrüge sich fast nur auf die ausbeutende Luxusindustrie (z. B. auch auf die Leder-, Holz- und Textilindustrie). Notwendig sei eine allgemeine Senkung der Warenpreise, die heute noch künstlich hochgehalten würden. Die Nieder- haltung der Löhne hemme die technische Entwicklung und beinträchtige die Arbeitsleistung. Die Vertreter der Ge- werkschaften forderten endlich nachdrücklich die zwingend gebotene Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstüt- zungslöhne, die heute schon vorwiegend aus Unter- stützungsgeldern bestanden; eine nennenswerte Beant- wortung von Staatsmitteln werde durch die Erhöhung nicht eintreten.

Seitens der Reichsregierung wurde die Notwendig- keit einer baldigen Erhöhung der Erwerbslosenunter- stützungslöhne anerkannt; über das erforderliche und mög- liche Ausmaß der Erhöhung gingen die Meinungen aller- dings auseinander. Auch in der allgemeinen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage stimmte die Reichsregierung mit den Gewerkschaften überein und erklärte, daß von ihrer Seite alles geschehen werde, um dem Ziele der Preislenkung und der Erhöhung der Kauf- kraft der Löhne und Gehälter näherzukommen. Dilemma würde vor allem eine zweckmäßige Handhabung der Ein- und Ausfuhrkontrolle, der Kartellschließungen und der Kreditlenkung dienen. Die vorzeitige Erhöhung der Nominal- löhne ohne daß bereits die Handels- und damit die Zah- lungsbilanz gegenüber dem Ausland wesentlich verbessert und jede überflüssige Kaufkraft in allen Bevölkerungs- schichten beseitigt wäre, würde allerdings unbillig auf einer neuen Inflation führen.

Kein Rücktritt Kahr und Seibers.

München, 20. April. Das Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats gegen die Herren v. Kahr, v. Kollow und v. Seiber, auf dessen Ausgang insbesondere die Anhänger der national- sozialistischen Bewegung in Bayern aus begründeten Gründen mit großer Spannung warten, ist bisher noch immer nicht so weit gediehen, daß man einen baldigen Abschluß voraussetzen könnte. Auf keinen Fall dürfte die Entscheidung darüber, ob die Anklage wegen Hochverrats erhoben oder das Verfahren eingestellt wird, vor der Rückkehr Kahr, Kollows und Seibers nach München fallen. Man rechnet in etwa 10 bis 14 Tagen mit der Rückkehr der drei Herren.

Gegenüber der Behauptung, daß der Urlaub des Herrn v. Kahr und des Obersten v. Seiber gleichbedeutend mit dem kommenden Rücktritt dieser beiden Herren, von ihrem Posten als Regierungsräte von Oberbayern, beam. als Chef des Bayerischen Landesvolkswirtschafts sein wird, erfahren wir von unternichteter Seite, daß sich erst von einem der- artigen Rücktritt nichts b e a n n t ist und daß sowohl Kahr, wie Seiber ihre Posten in München wieder einnehmen werden.

Ein Staatsvertrag Bayerns mit der evangelischen Kirche.

München, 22. April. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem das Konkordat mit der katholischen Kirche von der bayerischen Staatsregierung unterzeichnet ist, soll nun auch das Verhält- nis zwischen der evangelischen Kirche zum bayerischen Staat durch einen Staatsvertrag geregelt werden. Nach dem „Bayerischen Kurier“ sind die Arbeiten zu weit fortgeschrit- ten, daß dem Landtag fast gleichzeitig mit dem katholischen Konkordat auch dieser Staatsvertrag vorgelegt werden kann. Das katholische Konkordat wird die Grundlage bilden auch für die Abmachungen mit der evangelischen Kirche.

Die neue Republik Griechenland.

Paris, 21. April. Der Berichterstatter der „Chicago Tribune“ in Athen meldet, die Vereinigten Staaten und Belgien hätten die neue republikanische Regierung von Griechenland bereits anerkannt.

Die Kant-feier in Königsberg.

In den Ostertagen, in denen sich der Tag der Geburt Immanuel Kants am 20. April jährte, hatten die Stadt Königsberg und die Albertus-Universität, die Heimat und die Geburtsstätte ihres größten Sohnes und Denkers, gemeinsam zu einer weitläufigen Gedenkfeier auf- gerufen, die in der ganzen Kulturwelt den lebhaftesten Widerhall gefunden hat. Wie das Land, so hatte auch das Ausland keine Teilnahme an dieser denkwürdigen Feier durch die Entsendung berühmter Gelehrter befehlet.

Die Veranstaltungen zum Gedächtnis des 200. Geburts- tags Immanuel Kants wurden am Samstagabend durch die Festigung der Ortsgruppe Königsberg der Kant- Gesellschaft in der Aula des Friedrichs-Lyceums, die mit den Büsten der beiden größten Schüler des Kollegiums, Herders und Kants, geschmückt war, eingeleitet. Der Vor- sitzende der Ortsgruppe Prof. Dr. K o w a l e w s k i (Königs- berg) wies darauf hin, daß man in der ganzen Kulturwelt an diesem Tag Immanuel Kants gedenke. Prof. K o w a l e w s k i sprach alsdann vom „Heimatgeist in der Kantischen Philo- sophie“. Prof. Dr. Otto Schöndorffer feierte Kants Ruhm und Emil Arnoldt als Wiedererwecker des Interesses an der Philosophie Kants. Der dritte Redner des Abends Prof. Dr. Arur Liebert, der Geschäftsführer der Kant- Gesellschaft, hielt einen Vortrag über „Kant und die geistliche Weltanschauung“. Er führte darin u. a. aus: Kant der verhältnismäßig äußerliche Umstand der 200. Wieder- feier des Geburtstags Immanuel Kants erzeugt und recht- fertigt den inneren Sinn dieses Jubiläums. Es handelt sich hier um keine der landläufigen Gedenkfeiern, nach- dem uns irgend welche Betätigung oder geschichtliche Mo- mente bewegen. In dem Kantjubiläum erblicken wir ein machendes Symbol, dessen Gehalt den Charakter einer höchst klaren Verpflichtung in sich trägt. Kann die Festigung Kants vor der historischen Weltanschauung und vor der durch sie herbeigeführten Relativierung unserer Gegenwart und unserer Urteile noch bestehen? Wir stehen hier vor einem unabweisbaren geistlichen und sittlichen Zwiespalt, der die Aufgabe seine geringe, eine Verlobung zu erreichen zwischen dem Prinzip der Freiheit und dem Prinzip der Tradition und Autorität. Oder müssen wir vielmehr unter dem Einfluß der philosophischen Weltanschauung einräumen, daß durch sie der absolute Vernunftstandpunkt Kants über- wunden ist? Zweifellos ist die Welt der geistlichen Überlieferung eine der Grundbedingungen unseres Daseins. Aber die bloße Tradition als solche wurde gerade die Ver-